

Neue Anfänge nach 1945

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu einem Grußwort des DGB Kreis Pinneberg - ganz besonders auch an Frau Appel, die ich bei einer Radtour „Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit“ über den HH-Ohlsdorfer Friedhof kennengelernt habe.

Auf zwei Punkte der Ausstellung möchte ich näher eingehen und zugleich versuchen, einen Bezug zu unserer heutigen Zeit herzustellen.

Erstens auf den 3. Teil der Ausstellung mit dem Thema „NS-Täter und Kriegsverbrecher“

In der Ausstellung heißt es: „Begangenes Unrecht kommt nicht dadurch zur Ruhe, dass man es totschweigt“. Tatsächlich war ja in der Bundesrepublik eine grundlegende und generelle Aufarbeitung der NS-Zeit nach den Nürnberger Prozessen und dem Auseinanderfallen der alliierten Anti-Hitler-Koalition weder von Politik, Wirtschaft oder Medien gewollt. Man half sich gegenseitig beim Verdunkeln und beim Vergeben von wichtigen Funktionen in Politik, Justiz und Wirtschaft an ehemalige NS-Akteure. Die NS-Zeit sollte nicht transparent gemacht werden, sondern in Vergessenheit geraten.

1951 wurde dann in Schleswig-Holstein auch noch per Gesetz das Ende der Entnazifizierung erklärt – ein weiterer Grund zum Schweigen.

In der Ausstellung erfolgt dann der Hinweis, dass erst im Zusammenhang mit den Auschwitz Prozessen in den 1960er Jahren ein Umdenken zum Umgang mit den NS-Tätern einsetzte und eine gründlichere bundesdeutsche Aufarbeitung der NS-Zeit begann.

Sehr geehrte Damen und Herren: Nehmen wir doch die Ausstellung zum Anlass, heute hinzusehen und nicht zu schweigen. Auch heute gibt es dieses NS-Gedankengut und dürfen Neonazis und Rechte ihr Unwesen treiben – und zwar europaweit.

Der DGB fordert das Verbot der NDP und aller faschistischen Parteien und Organisationen. Aber auch gegen das weitere rechte Spektrum mit der AfD im Zentrum, gegen deren unsoziale, menschenverachtende, ausländer- und frauenfeindliche Politik gilt es, wachsam zu sein und insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in 2017 gemeinsam und aufklärend vorzugehen – Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und andere Organisationen.

Damit komme ich zu meinem **zweiten** Punkt:

Der 5. Teil der Ausstellung befasst sich mit dem Thema „Haltung zu Krieg und Wiederaufrüstung“.

Der DGB ist Teil der Friedensbewegung. Wir Gewerkschafter und Friedensfreunde sind besonders betroffen über das Szenarium, das sich hier in Pinneberg am 19. Mai öffentlich und volksfestähnlich rund um die Drostei abspielte. Gegen dieses öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr haben wir als Friedensnetzwerk des Kreises Pinneberg sichtbar durch ein Transparent „Krieg ist nie die Lösung“ und erklärende Handzettel protestiert. Dafür bekamen wir auf dem ganzen Gelände hinter der Drostei Platzverbot – als Botschafter des Friedens!

Laut Grundgesetz darf die Bundeswehr nur zur Landesverteidigung eingesetzt werden. Seit 2011 geben die sogenannten Verteidigungspolitischen Richtlinien andere Ziele vor: Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt. Seitdem wurde die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut. Derzeit befindet sich die Bundeswehr weltweit in 16 Auslandseinsätzen – auch in Kriegen, die eine Hauptursache für menschliches Elend und Flucht sind.

Der Wehretat soll wachsen – und wie wir heute erfahren nicht mehr nur auf den offiziellen NATO-Richtwert von 2% des Bruttoinlandsprodukts sondern auf die 3,4% der USA. Dafür wird um Zustimmung in der Bevölkerung geworben – und um Nachwuchs. Die Bundeswehr soll wieder Teil unserer Wahrnehmung und des öffentlichen Lebens werden.

Sehr geehrte Damen und Herren: Das hatten wir alles schon einmal.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, dokumentiert zur Nachkriegszeit: „Als Bundeskanzler Konrad Adenauer ab 1950 eine Politik der Wiederaufrüstung betrieb, lösten seine Pläne innenpolitische Auseinandersetzungen und Bürgerproteste aus.“

Der Protest des Friedensnetzwerkes am 19. Mai war noch klein. Aber damals wie heute stellt sich für die Gewerkschaften aber sicherlich auch für die Kirchen die Frage „Was können wir tun, damit Kriege und Waffenexporte keine Zukunft mehr haben?“

Ich glaube, zur Nachkriegszeit hat sich schon Entscheidendes geändert: Die Nordkirche arbeitet heute vertreten durch Probst Drope im „Bündnis gegen Rechts“ des Kreises Pinneberg und schon seit Jahren im Friedensnetzwerk des Kreises mit - letztes Jahr haben wir gemeinsam den Antikriegstag am 1. September hier in Pinneberg mitgestaltet. Auch für dieses Jahr ist eine Veranstaltung in Vorbereitung.

Diese Ausstellung blickt zurück auf Positionen der Kirchen in der Nachkriegszeit. Aber eben nicht nur. Sie gibt uns auch Orientierungen für heute und die Zukunft. Lassen Sie uns diese Zeit zu wertvollen Erfahrungen machen und zu gemeinsamen Positionierungen bringen:

- gegen Neonazis und gegen das rechte Spektrum mit der AfD im Zentrum

- Krieg ist nie die Lösung: deshalb gemeinsam gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte als eine wichtige Ursache von Flucht und Armut
- für Frieden, ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben der Völker und Nationen,
- für Respekt und Wertschätzungen für Flüchtlinge und Asylsuchende und alle Menschen egal welchen Geschlechts und Alters, welcher Hautfarbe, Behinderung, Herkunft und Religion.

Diese großartige Ausstellung gibt uns dafür einen Anlass mehr. Lassen wir es nicht zu, dass die Fehler von damals wiederholt werden.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Brandt